

EU-AUSLANDSMISSIONEN

Migrationskontrolle ist kein Friedenseinsatz

VON TOBIAS PIETZ - AKTUALISIERT AM 22.06.2018 - 14:46

Immer mehr EU-Auslandsmissionen – zivil oder militärisch – zielen nun auf Migrationskontrolle und Grenzschutz ab. Diese Zweckentfremdung ist problematisch. Ein Gastbeitrag.

Wenn man in diesen Tagen nach Berlin, Rom oder in irgendeine andere europäische Hauptstadt blickt, könnte man meinen, dass Migrationskontrolle und Grenzschutz die zentralen Themen unserer Zeit seien. Sie sind es nicht. Wirtschaft und Arbeit, Klima und Umwelt sowie Frieden und Sicherheit sind es. Doch leider werden immer mehr Bereiche und Instrumente der Politik zur vermeintlichen Lösung von Migrationsproblemen zweckentfremdet, seit ein paar Jahren auch in Brüssel.

Das begann im Frühjahr 2016. Damals wurde die „Globale Strategie der Europäischen Union“ veröffentlicht – seitdem das zentrale Referenzdokument für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Es hat die europäische Außenpolitik verändert und sie an den internen Sicherheitsinteressen ihrer Mitgliedstaaten neu ausgerichtet.

Natürlich war das außenpolitische Engagement der EU und ihrer Friedenseinsätze immer auch geprägt von europäischen Interessen. Die Stabilisierung von Post-Konflikt-Ländern durch europäische Krisenmanagements-Missionen sollte schließlich dazu beitragen, dass Staaten

oder ganze Regionen nicht zurückfallen in Krisen und Kriege – mit all den Folgen, die so ein Rückfall für den globalen Handel und Fluchtbewegungen hätte. Was man jedoch seit der Verabschiedung der Globalen Strategie sieht, ist ein deutlicher Schwenk hin zu einer Krisenmanagement-Politik, die vor allem der ersten Priorität der Globalen Strategie Rechnung tragen soll: dem Schutz der EU und ihrer Bürger.

Grenzmanagement statt Peacebuilding

Für EU-Friedenseinsätze bedeutet das: Statt wie bisher lokalen Partnern vor allem bei Stabilisierung und Peacebuilding zu helfen, sollen diese nun immer öfter beraten werden, wie sie ihre Grenzen schließen und **Migration** „managen“ können, mit dem Ziel, Migration in die EU zu begrenzen. Mit einer Außenpolitik der EU (und ihrer Einsätze) als Schlüssel zur Lösung interner Probleme der Mitgliedstaaten wirbt man so auch um die Unterstützung durch populistische und migrationskritische Länder wie Ungarn, Polen oder – neuerdings – Italien.

Mit dem vom Europäischen Rat am 28. Mai angenommen Konzept für einen „Pakt für die zivile GSVP“ (Civilian CSDP Compact) könnte dieser Trend leider noch verstärkt werden. Der Compact, angeschoben von Schweden, Deutschland und acht anderen Mitgliedstaaten, soll bis Ende des Jahres die Grundlage für eine Stärkung der zivilen Kriseneinsätze der EU legen. Diese werden unter der sogenannten Gemeinsamen Sicherheit- und Verteidigungspolitik (GSVP) geregelt. Das Konzept des Compact listet nun einige neue Aufgaben für diese Einsätze auf, unter ihnen Migrationskontrolle und Grenzsicherung, aber auch Cybersicherheit, Terrorismus-Abwehr und den Kampf gegen Organisierte Kriminalität.

Mehrere dieser Aufgaben wurden in den vergangenen beiden Jahren bereits durch eine Änderung der Mandate bei den EU-Missionen in Mali und Niger eingeführt. Auch die militärische EU-Operation Sophia im Mittelmeer wurde seit Beginn mit einem Mandat zur „Schleuserbekämpfung“ für die von den EU-Mitgliedstaaten gewünschte Migrationskontrolle eingesetzt.

MEHR ZUM THEMA



TREFFEN MIT EU-POLITIKERN

Juncker beruft Asyl-Sondergipfel ein

Warum ist das problematisch? Weil die zivilen Einsätze nicht die Erfahrungen und Kapazitäten haben, um die sehr hohen Erwartungen der Mitgliedstaaten auf diesen Feldern zu erfüllen. Die EU wird ihre internen Sicherheitsthemen nicht mit Hilfe ziviler Einsätze, sondern nur durch politische Schritte in den Griff bekommen. Darüber hinaus sind der Bedarf und die Prioritäten der lokalen Partner eben nicht deckungsgleich mit den Interessen der EU.

Solche „neuen“ Missionen entsprächen nicht mehr dem ursprünglichen Zweck der GSVP-Einsätze als Instrument des externen Krisenmanagements. Außerdem werden Einsätze, die diese neuen Themen im Fokus haben, vor Ort weniger Anschlussfläche und

Kooperationsmöglichkeiten für bewährte Partner wie die Missionen der Vereinten Nationen oder der Afrikanischen Union bieten können.

Ferner kann die geplante Fokussierung auf kleine Beraterteams in den „neuen“ Themen wertvolles Knowhow bei den „alten“ Aufgaben weiter verringern. Und das in einer Zeit, in der die EU sowieso schon lange nicht mehr die großen zivilen Engagements wie im Kosovo, in Bosnien oder Georgien entsendet, sondern vor allem mit kleinen Missionen berät und ausbildet.

Das soll nicht heißen, dass die EU und ihre Mitglieder bei Migration und Grenzschutz nicht tätig werden müssten – auch, um den Populisten in Europa endlich die Instrumentalisierung dieser Themen zu erschweren. Sie sollten dafür jedoch ehrlich und transparent die Strukturen nutzen, die eindeutig für Interessen der inneren Sicherheit vorgesehen sind, etwa die Grenzschutzagentur Frontex oder auch Europol. Ihre Krisenmanagement-Missionen und Friedenseinsätze sollten sie nicht schwächen, indem sie diese für Migrationskontrolle und ähnliches zweckentfremden.

Die Kernkompetenzen nicht aufs Spiel setzen

In der EU spricht man derzeit gern von einem „integrierten Ansatz“ ihrer internen und externen Instrumente – also dem Europäischen Auswärtigen Dienst, der Kommission und den Einsätzen auf der einen sowie Frontex, Europol und anderer auf der anderen Seite. Nicht ausgesprochen wird hingegen, dass zum Beispiel bei der Migration erst ein „integrierter Ansatz“ erreicht werden kann, wenn die EU auch ihre Handelspolitik gegenüber den Staaten des globalen Südens ändert oder den Klimaschutz strikter umsetzt – denn Verarmung und Wüstenbildung sind zwei Hauptgründe für Migration. Kleine EU-Missionen im Norden Nigers können im Vergleich dazu herzlich wenig erreichen.

Zuletzt war es oft schwierig, für zivile oder militärische EU-Einsätze genug Personal aus den Mitgliedstaaten zu bekommen. So brauchte es 2014 sechs sogenannte Truppensteller-Konferenzen (normal wären ein bis zwei), um eine eher mittelgroße Militärmission in die Zentralafrikanische Republik zu entsenden. Und nur die Zusage für das zweitgrößte Truppenkontingent der Mission durch Georgien (das kein EU-Mitglied ist) führte zum Erfolg. Vielleicht können Mitgliedstaaten durch das neue Narrativ „Bekämpfung interner Probleme durch EU-Einsätze“ tatsächlich wieder stärker zur Teilnahme motiviert werden. Langfristig könnte die EU durch den Fokus ihrer Missionen auf Migration und Grenzschutz jedoch die Fähigkeit verlieren, auf globale Krisen angemessen, problemorientiert und gemeinsam mit den Missionen der UN und lokaler Partnern zu reagieren.

In den vergangenen 15 Jahren hat die EU mit ihren Friedenseinsätzen viele wichtige Erfahrungen gewonnen und einiges geleistet, ob auf dem westlichen Balkan, im Kaukasus, in Afrika oder Asien. Der Zeitpunkt ist richtig für die Stärkung dieses Instruments sowie für ein neues Bekenntnis der Mitgliedstaaten zu zivilen EU-Einsätzen. Dabei dürfen die Kernkompetenzen jedoch nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Über den Autor

Tobias Pietz ist stellvertretender Leiter der Analyse im Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin. Das ZIF ist eine gemeinnützige GmbH des Bundes und arbeitet im Auftrag des Auswärtigen Amtes.

Quelle: FAZ.NET

[Hier](#) können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben.

WEITERE THEMEN



SPANIENS MINISTERPRÄSIDENT

„Die Herausforderung ist die Europhobie“

Im Streit um die Asylpolitik könnte er eine Schlüsselrolle einnehmen: Im ersten Interview mit der Auslandspresse spricht Spaniens neuer Ministerpräsident Sánchez über Migrationsströme und sein erstes Treffen mit Merkel.



LIVESTREAM

Suche nach einem Asylkompromiss

Der Countdown läuft - für Entscheidungen, die die europäische Asylpraxis verändern könnten. Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez trifft Bundeskanzlerin Merkel zur Findung eines Asylkompromisses heute in Berlin. Verfolgen Sie die Pressekonferenz im Livestream.



CDU-LANDESVORSITZENDER

Strobl setzt Merkel bei Asylpolitik unter Druck

In einem Brief an Bundeskanzlerin Merkel fordert CDU-Vize Strobl eine „nachhaltige Reform“ der Dublin-Verordnung - und schließt sich inhaltlich der CSU an.



IRRFABRT HAT EIN ENDE

„Lifeline“ soll Hafen auf Malta anlaufen

Die Situation auf dem Schiff der Dresdner Hilfsorganisation Mission Lifeline war nach Angaben der Besatzung immer unerträglicher geworden. Vor zwei Tagen twitterte die Organisation, der erste medizinische Notfall müsste evakuiert werden

ÄHNLICHE THEMEN

EUROPÄISCHE UNION

EINWANDERUNG

EUROPÄISCHER RAT

ALLE THEMEN

TOPMELDUNGEN

VIDEO

DFB-PRÄSIDENT GRINDEL

Keine schnelle Entscheidung über Löw-Zukunft

Kein Schnellschuss: Die Zukunft von Bundestrainer Joachim wird sich nach dem WM-Aus erst mit etwas Abstand klären. Die Fehler-Analyse überlässt DFB-Präsident Grindel anderen.



DEUTSCHLAND RAUS AUS DER WM

Öffentliche Leichenschau

Das WM-Aus der deutschen Nationalmannschaft ist das eine. Die Reaktionen weltweit sollten aber auch zum Nachdenken anregen: Darüber, warum die Schadenfreude nun so groß ist.

MEXIKO DANKT SÜDKOREA

Ein Botschafter wird auf Schultern getragen

Mexiko hat Grund zum Jubeln trotz einer Niederlage gegen Schweden. Die Lateinamerikaner stehen im Achtelfinale. Dabei vergessen sie nicht, wem sie das Weiterkommen zu verdanken haben.

LINDNER ANTWORTET AUF MERKEL

„Die CSU hat Deutschland in Europa erpressbar gemacht“

Der Asylstreit innerhalb der Union steuert auf eine Entscheidung zu. Vor dem EU-Gipfel macht Merkel in einer Regierungserklärung noch einmal klar, wofür sie beim Thema Migration steht – und wird von der Opposition heftig kritisiert.

NEWSLETTER

IMMER AUF DEM LAUFENDEN

Sie haben Post!

Abonnieren Sie unsere FAZ.NET-Newsletter und wir liefern die wichtigsten Nachrichten direkt in Ihre Mailbox.

ABONNIEREN

VERLAGSANGEBOT

Folgende Karrierechancen könnten Sie interessieren:

Stellenmarkt

Projektmanager / Consultant für Unternehmensberatung (m/w)
Assure Consulting GmbH

Bereichsleiter/in für die Bereiche Strategische Personalentwicklung und Wissensmanagement / Recruiting Center
Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

Geschäftsführer Marketing und Vertrieb (m/w)
über HSH+S Management und Personalberatung GmbH

Standortleiter/in
Reisgies Schaumstoffe GmbH

WEITERE STELLENANGEBOTE

SERVICES

Abo-Service	Best Ager	FAZ.NET als Startseite	Apps	Finanz-Services	Gas-Tarife	Newsletter	Immobilien-Markt
Routenplaner	Stellenmarkt	Spiele	Strom-Tarife	F.A.Z Telefon-konferenz	Whatsapp	TV-Programm	Wetter